

Protokoll ASG-Treffen Oktober 2020

1. Austausch zum Thema

„ÖGD in der Praxis – vor dem Hintergrund der COVID-19 Pandemie“ mit Patrick Larscheid, Amtsarzt und Leiter des Gesundheitsamts, Berlin Reinickendorf

Patrick Larscheid berichtet, dass Infektionsschutz und -verhütung immer Aufgabe der Gesundheitsämter gewesen sei. Dabei handele es sich aber nur um einen kleinen Ausschnitt der Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD). Die Gesundheitsämter verfügten über eine breite Expertise. Diese werde derzeit häufiger gehört als noch in der Vergangenheit, wenngleich die Vertreterinnen und Vertreter des ÖGD noch verstärkt in politisch-gesetzliche Entscheidungen einbezogen werden könnten.

Das größte Problem des ÖGD sei der Fachkräftemangel. Dieser lasse sich hauptsächlich auf die nicht wettbewerbsfähige Vergütung zurückführen. Die inhaltlichen Vorzüge einer Tätigkeit in den Gesundheitsämtern seien bei potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern bekannt; neben der im Vergleich mit der „freien Wirtschaft“ schlechteren Vergütung mangle es aber zudem an Weiterbildungsmöglichkeiten und Optionen der beruflichen Weiterentwicklung. Im ÖGD drücke sich der Solidargedanke im Gesundheitswesen aus. Seine Leistungen stünden allen Bevölkerungsschichten offen; die (vulnerablen) Zielgruppen der Gesundheitsämter benötigten ihn aber ganz besonders.

Der Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention sei in der Arbeit der Gesundheitsämter derzeit unterbeleuchtet. Die institutionalisierte Zusammenarbeit mit den Krankenkassen – als Einrichtungen, die über die meisten Mittel für Präventionsmaßnahmen verfügten – sei noch unterentwickelt. Als Schwerpunkt einer potenziellen Präventionsarbeit durch Gesundheitsämter biete sich die Ansprache von Familien, Kindern, Frauen und Alten an.

Die aktuellen Entwicklungen in Berlin zeigten, dass die Coronapandemie in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei. Die hohe Arbeitsbelastung der Gesundheitsämter erschwere es, zusätzliche sinnvolle Aufgaben – wie die direkte Kommunikation mit der Bevölkerung – wahrzunehmen. Die Pandemie habe gezeigt, dass die politische Unterstützung des ÖGD, die Berücksichtigung der von ihm gesammelten Daten und Analysen sowie eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Politik und ÖGD bei der Entscheidung über Maßnahmen des Infektionsschutzes von großer Bedeutung seien. Am Beginn der zweiten Infektionswelle in Berlin wünsche er sich, dass die politisch getroffenen Maßnahmen auf die zur Verfügung stehenden Daten und Erkenntnisse gefußt würden. Maßnahmen, die man in der ersten Welle ergriffen habe, müsse man nun kritisch überprüfen. Dies gelte zum Beispiel für das Besuchsverbot in Pflegeheimen. Es gebe Anzeichen, dass sich der Zustand von demenziell Erkrankten dadurch verschlechtert habe. Darüber hinaus hoffe er, dass die Gesellschaft sich miteinander solidarisch zeige und sich dieser Umgang darin ausdrücke, dass man insbesondere auf die schwachen Glieder der Gesellschaft besonders achte.

2. Berichte (ASG-Bundesausschuss, SPD-Landesvorstand, etc.)

Philipp berichtet aus dem ASG-Bundesausschuss. Der Bundesausschuss habe verschiedene Positionspapiere diskutiert, unter anderem zur Zukunft des ÖGD und zu den Konsequenzen der COVID-19-Pandemie auf das Gesundheitswesen. Im Bundesausschuss habe der Wunsch bestanden, dass dieses COVID-19-Papier der ASG Berlin insbesondere im Hinblick auf die Themenkreise Finanzierung und Trägerschaft von Krankenhäusern sowie Krankenhausplanung weiterentwickelt werde. Ebenfalls habe man über ein Papier zum Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit diskutiert.

Die Berichte aus den Landes-ASG haben unterschiedliche Lagen gezeigt. Manche ASG bereiteten sich auf Landtagswahlen und/oder ASG-Vorstandswahlen vor, andere seien insbesondere mit landesspezifischen Themen wie der Pflegekammer beschäftigt. Auch die Umstellung des ASG-Sitzungsbetriebs auf Videokonferenzen sei unterschiedlich bewertet worden.

Boris berichtet aus dem Wahlprogrammprozess der Bundes-SPD und der SPD Berlin und skizziert den aktuellen Stand. Bettina ergänzt, dass der Landesparteitag auch wegen der

Infektionslage wahrscheinlich schwerpunktmäßig ein Wahlparteitag wird und weniger über Anträge diskutiert werde. Die Antragskommission habe Zustimmung zu allen Anträgen der ASG Berlin empfohlen.

3. Verschiedenes / Termine

Bettina informiert darüber, dass abhängig von der weiteren Entwicklung der Infektionszahlen im November ggf. ein Wahltreffen stattfindet, um die Delegierten der ASG Berlin für die ASG Bundesversammlung zu bestimmen.